



Presseschau vom 09.12.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Russlands bekannteste Menschenrechtsaktivistin Ljudmila Alexejewa ist tot**

Die russische Menschenrechtsaktivistin Ljudmila Alexejewa, langjährige Leiterin der Moskauer Helsinki-Gruppe, ist am Samstag in Moskau gestorben. Die ehemalige Dissidentin war 91 Jahre alt.

„Russlands älteste Menschenrechtlerin Ljudmila Michailowna Alexejewa (...) ist heute in Moskau gestorben“, teilte der Menschenrechtsrat des russischen Präsidenten am Samstagnachmittag mit. Den Angaben zufolge befand sich Alexejewa in einem Krankenhaus. Präsident Wladimir Putin äußerte in einem Telegramm an Familienangehörige der Menschenrechtlerin sein tief empfundenes Beileid, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mitteilte.

Alexejewa war wohl die renommierteste Bürgerrechtlerin Russlands. Bereits 1976 hatte sie mit Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow die Moskauer Helsinki-Gruppe gegründet. In den Siebzigern war Alexejewa mit Vorwürfen der „antisowjetischen Tätigkeit“ konfrontiert und musste unter Androhung der Festnahme aus der Sowjetunion ausreisen. Von 1977 bis 1993 lebte sie in den USA.

In den letzten Jahren fiel Alexejewa, die auch im Menschenrechtsrat des Präsidenten saß, öfters mit Kritik an den Behörden auf. Im vergangenen Jahr hat Präsident Wladimir Putin

Alexejewa in ihrer Moskauer Wohnung besucht, um ihr persönlich zum 90. Geburtstag zu gratulieren. Der russische Präsident schenkte der Aktivistin Blumen und trank mit ihr Sekt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32322/47/323224746.jpg>

de.sputniknews.com: **Putin warnt vor „unaufholbarem Rückstand“ Russlands**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat vor einem Zurückbleiben Russlands gewarnt, sollte man nicht rechtzeitig begreifen, was und wie getan werden muss, denn die Welt befinde sich im Zustand einer mächtigen, dynamisch voranschreitenden Umwandlung.

„Die Welt im Ganzen befindet sich im Zustand einer Transformation: Einer äußerst mächtigen, sich dynamisch entwickelnden Transformation. Wenn wir uns nicht rechtzeitig zurechtfinden, wenn uns nicht rechtzeitig klar wird, was wir zu tun haben und wie – dann können wir für immer zurückbleiben“, sagte Putin in seiner Rede auf dem Parteitag der Kreml-Partei „Geeintes Russland“ am Samstag.

„Dies ist eine dramatische Situation in unserem Land (...). Man muss das verstehen und sehr intensiv arbeiten“, betonte der Präsident.

Der Parteitag von „Geeintes Russland“ wird am 7. und 8. Dezember abgehalten. Am zweiten Arbeitstag des Parteitages nehmen der russische Präsident Wladimir Putin und der Parteivorsitzende — der Premierminister Dmitri Medwedew — teil. Putin selbst war von 2008 bis 2012 Parteichef von „Geeintes Russland“.

Im Rahmen des diesjährigen Parteitags findet ein inhaltsreiches Forum im Format von Diskussionsplattformen statt, die der Realisierung des Parteiprogramms für das Jahr 2018 gewidmet sind: „Wachstumswirtschaft“, „Lebensqualität“, „Stadtmilieu und sauberes Land“, „Entwicklung der ländlichen Territorien“.

Lug-info.com:**Kertsch aus der Sicht eines Iren**

Der Westen organisierte eine Provokation in der Meerenge von Kertsch, um die Präsidentschaftswahl in der Ukraine und die Machterhaltung Poroschenkos und seiner Handlanger zu stören. Das erklärte dem Lugansker Informationszentrum gegenüber der gesellschaftliche Aktivist und Beobachter der Wahlen in der LVR Francis Hughes. Drei ukrainische Kriegsschiffe, zwei gepanzerte Schnellboote und ein Schlepper, waren am Morgen des 25. Novembers aus Odessa ausgelaufen und versuchten, die Warnungen der russischen Seite ignorierend die Meerenge von Kertsch hindurch ins Asowsche Meer zu fahren. Die russische Küstenwache war gezwungen, die Meerenge für die Schifffahrt zu

sperrten und das Feuer zu eröffnen, infolgedessen drei ukrainische Militärs verletzt wurden. Die Schiffe wurden aufgebracht und den Verletzten medizinische Hilfe geleistet. Der Vorfall wurde von Präsident Poroschenko in der Nacht vom 25. auf den 26. November genutzt, eine Sitzung des nationalen Sicherheitsrates einzuberufen und für 60 Tage das Kriegsrecht verhängen zu wollen. Das ukrainische Parlament bestätigte auf einer außerordentlichen Sitzung am 26. November die Einführung des Kriegsrechts für 30 Tage in zehn Verwaltungsbezirke, einschließlich Donezk und Lugansk.

„Das neuerliche Eindringen ukrainischer Kriegsschiffe in russische Hoheitsgewässer ist ein in geopolitischer und regionaler Hinsicht beachtenswerter Vorfall. Die ganze unehrenhafte Episode war von Frankreich, Großbritannien, den USA und der EU inszeniert, um die bevorstehenden Wahlen zu verzögern oder ganz aufzuheben und Poroschenko die Möglichkeit zu geben, im Amt zu bleiben“, sagte Hughes.

Er fügte hinzu, eine Absage der Wahlen in der Ukraine würde davon zeugen, dass die ukrainische Führung den Willen des Volkes fürchte.

„Wenn die Wahl durch den provozierten Vorfall, um die Regierung in Kiew um jeden Preis an der Macht zu halten und den demokratischen Prozess anzuhalten, aufgehoben werden sollte, stellt sich die Frage 'Wer hat hier ein Mandat?' Die in Lugansk und Donezk vom ganzen Volk gewählten Regierungen oder die vom Westen gesponsorte Diktatur, die keine Wahl durchführen will? Wer fürchtet hier wirklich den Willen des Volkes?“, sagte der Aktivist.

de.sputniknews.com: **Neues im Schiffs-Konflikt vor Krim: Ostukrainer will seinen Folterer erkannt haben**

Im Konflikt um die ukrainischen Marineschiffe, die vor zwei Wochen wegen Grenzverletzung von Russland aufgebracht worden sind, zeichnet sich eine brisante Entwicklung ab. Ein Mann aus Donezk will in einem der festgesetzten ukrainischen Seeleute einen Geheimdienstler erkannt haben, der ihn einst gefoltert haben soll.

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB teilte am Samstag mit, von einem Einwohner der ostukrainischen Metropole Donezk eine Anzeige erstattet bekommen zu haben. Der Anzeigersteller behauptete, dass einer der Ukrainer, die Ende November mit ihren Schiffen im Schwarzen Meer aufgebracht wurden, ein SBU-Ermittler sei und ihn einst im ukrainischen Berdjansk unter Anwendung von Folter vernommen habe.

Er habe ihn im Fernsehen gesehen und erkannt. Der ukrainische Geheimdienst SBU hatte zuvor bestätigt, dass seine Mitarbeiter an Bord der Schiffe gewesen wären.

„Ein Einwohner von Donezk meldete sich beim FSB. Er identifizierte einen der festgenommenen SBU-Mitarbeiter als jene Person, die ihn nach der Festnahme in Berdjansk gefoltert und schwer körperlich misshandelt habe“, teilte Michail Schischow, Chefermittler des FSB, am Samstag mit. Nähere Angaben zum Anzeigersteller und zum angeblichen Verhör in Berdjansk machte er nicht.

„Die Behörden von Donezk zeigten schon Interesse und baten uns, ihnen die Akte zu übergeben“, so der FSB-Vertreter weiter.

Donezk liegt zwar in der Ukraine, ist de facto aber seit Jahren von der Regierung in Kiew unabhängig. Es ist Hauptstadt der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk, die gemeinsam mit der benachbarten Region Lugansk Anfang 2014 ihre Unabhängigkeit ausgerufen hatten.

Hintergrund war der nationalistische Putsch in Kiew, den die beiden östlichen, mehrheitlich von Russischsprachigen bewohnten Kohlefördergebiete nicht anerkennen wollten. Die ukrainische Regierung schickte im April 2014 Truppen gegen die Abtrünnigen. Bei dem bewaffneten Konflikt, der bis heute schwelt, sind laut UN-Angaben mehr als 10.000 Menschen ums Leben gekommen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32322/02/323220230.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **General: Die Ukraine ist in der Lage, Atomwaffen zu entwickeln**

Die Ukraine kann laut dem ehemaligen Nato-Botschafter des Landes, Generalmajor Petro Garatschuk, nukleare Sprengköpfe für ballistische Raketen entwickeln.

Das Land besitze dafür sowohl intellektuelle als auch organisatorische „Kapazitäten“, so Garatschuk gegenüber dem ukrainischen Portal „Obozrevatel“. Heute sei in der Welt kaum ein Betrieb für die Herstellung von ballistischen Interkontinental-Raketen zu finden, wie es sie in der Sowjetunion und danach in der unabhängigen Ukraine, und zwar in Dnepr, gegeben habe.

„Weder die USA noch China oder Russland konnten ein Analogon für die Rakete der Satan-Klasse produzieren“, so Garatschuk.

Ihm zufolge braucht Kiew für die Herstellung von Atomwaffen keine internationalen Sanktionen zu fürchten.

„Wir haben vor nichts Angst. Unser Soldat an der Front hat vor nichts Angst“, sagte er und fügte hinzu, dass der gesamte Staat für den ukrainischen Soldaten „arbeiten“ müsse.

Zuvor hatte die Ukraine wiederholt darauf hingewiesen, dass Kiew auf die Einhaltung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen verzichten müsse.

Im Jahr 2018 hatte das russische Verteidigungsministerium erfolgreich Abwurftests der neuen Interkontinentalrakete Sarmat durchgeführt, die die Satan-Rakete ersetzen soll. Dabei erwägt Russland die Wiederaufnahme der zivilen Starts von Satan-Raketen.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Shelobok, Logwinowo, Smeloje und Kalinowka. Geschossen wurde mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern.

de.sputniknews.com: **Ukraine berechnet Verluste durch Turkish Stream**

Nach der Inbetriebnahme der Pipeline Turkish Stream würde sich der Transit des russischen Erdgases durch die Ukraine um 12 bis 13 Milliarden Kubikmeter pro Jahr verringern. Davor warnt der Chef des ukrainischen Rates für Gasindustrie und Erdgasmarkt, Leonid Unigowski, in einem Interview.

Kiew sollte laut Unigowski ausländische Partner zur Teilnahme an der Verwaltung seines Erdgastransportsystems heranziehen, vorrangig Betreiber aus Italien – das Land bekomme jährlich 23 Milliarden Kubikmeter Gas über die Ukraine.

„Es gibt aber wenig Chancen, die Kapazität unseres Erdgastransportsystems bei 70 bis 90 Milliarden Kubikmeter aufrechtzuerhalten. Möglich sind 40 bis 60 Milliarden. Wenn wir die Frage zu den ausländischen Partnern lösen“, sagte Unigowski gegenüber dem TV-Sender „24. Kanal“.

Zuvor hatte der russische Energiekonzern Gazprom die Fertigstellung des mehr als 900 Kilometer langen Meeresabschnitts von Turkish Stream angekündigt.

Vor Kurzem zeigte Serbien Interesse an dem Projekt: Außenminister Ivica Dacic sagte, die Pipeline werde die Stabilität der Gaslieferungen gewährleisten und seinem Land ermöglichen, ein Transitland zu werden.

Die Pipeline Turkish Stream besteht aus zwei Strängen mit einer Durchlasskapazität von je 15,75 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr. Der Unterwasserteil der Leitung wird etwa 930 Kilometer lang sein. Die Pipeline führt von der russischen Schwarzmeerstadt Anapa zur Ortschaft Kiyıköy im türkischen Thrakien. Das durch den ersten Strang zu transportierende Gas ist ausschließlich für die Türkei bestimmt. Der zweite Strang soll laut ursprünglichen Plänen bis zur Grenze zwischen der Türkei und der EU verlängert werden.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 08. Dezember 3:00 bis 09. Dezember 3:00**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen 17.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Isotow-Bergwerks), Jasinowataja, Krutaja Balka, Kaschtanowoje, Mineralnoje, Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Alexandrowka), Losowoje, Staromichajlowka, Jelenowka.

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgeschossenen Geschosse betrug 191.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgeschossenen Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 121

Ab 00:01 am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-Waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: **Rusnano-Chef wirft Russen Undankbarkeit gegenüber Oligarchen vor**

Anatoli Tschubais, der prominente russische Politiker und Chef des Nanotechnologiekonzerns Rusnano, hat seinen Landsleuten Undankbarkeit gegenüber den Oligarchen vorgeworfen: Diese hätten nämlich das Land wiederaufgebaut.

Bei einem Geschäftsforum bezeichnete Tschubais die russische Gesellschaft als „infantil“ und beklagte, dass sie den Geschäftsleuten in den 25 Jahren kein einziges Mal gedankt habe. „Das Business hat das Land wiederaufgebaut. Es hat die hoffnungslos verfallenen sowjetischen Unternehmen wiederhergestellt, den Menschen ihre Löhne zurückgegeben, das Budget mit Geld gefüllt. Es hat Quellen dafür geschaffen, dass unsere Intelligenz Mittel zur Unterstützung von Kultur, Wissenschaft und Bildung erhält“, so der Rusnano-Chef. Und all das sei denjenigen zu verdanken, die von der Gesellschaft als „Oligarchen“ bezeichnet würden. Ein anderes Wort habe sich man nicht einfallen lassen, beklagte Tschubais weiter.

Man sollte laut dem Politiker nicht damit rechnen, dass das russische Volk „heranreifen“ und den großen Geschäftsleuten danken werde.

Auch der Staat selbst schulde dem Business ein großes Dankeschön. „Anfangen sollte man damit, das große Geschäft zu rehabilitieren, ihm Danke zu sagen, es zu belohnen, es anzuspornen, die heldenhaften Erfolge zu zeigen, die Zehn- und Hunderttausende russische Unternehmer vollbracht haben, sie zu wahren Helden unserer Zeit zu machen.“ Der Staat werde dies aber ebenfalls nicht tun.

Im November 1991 war Tschubais zum Vorsitzenden des Staatlichen Komitees der Russischen Föderation für die Verwaltung des Staatsvermögens ernannt worden. In dieser Funktion erarbeitete er gemeinsam mit dem damaligen Ministerpräsidenten Jegor Gaidar ein Privatisierungsprogramm. Im Zuge dieser Privatisierung ging der Großteil des staatlichen Eigentums Russlands in die Hände privater Personen über, was die Entwicklung der Unternehmerschaft und des freien Markts förderte.

Wie eine Befragung des Meinungsforschungsunternehmens WZIOM ergab, hatten im Jahr 1991 43 Prozent der Russen geglaubt, dass die Privatisierung die Verteilung des Geldes im Lande gerechter machen würde. Doch Kritiker der damaligen Wirtschaftsreformen verweisen darauf, dass sich das Kapital stattdessen in den Händen einzelner Unternehmer konzentrierte und sich die Spaltung der Gesellschaft vertiefte.

ukrinform.ua: **Einreiseverbot: Schon 860 Russen an der Grenze abgewiesen**

860 russischen Bürgern ist seit der Ausrufung des Kriegsrechts die Einreise in die Ukraine verweigert worden. In den letzten 24 Stunden verbot der ukrainische Grenzschutzdienst die Einreise für 49 Russen.

Das gab der Berater des Chefs des Grenzschutzdienstes, Oleh Slobodjan, bekannt, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die meisten Russen konnten das Ziel ihrer Reise nicht bestätigen, sagte er. Es habe auch Personen gegeben, die die besetzten Gebiete der Ukraine besuchten.

Russland ließ laut Slobodjan binnen 24 Stunden 34 Ukrainer nicht einreisen, insgesamt 250 Menschen seit der Ausrufung des Kriegsrechts.

Nach der russischen Aggression im Asowschen Meer stimmte das ukrainische Parlament am 26. November dem Dekret des Staatspräsidenten über die Ausrufung des Kriegsrechts für 30 Tage zu.

Am 30. November verhängte die Ukraine Einreisebeschränkungen für Männer aus Russland im Alter von 16 bis 60 Jahren. Nach Worten des Chefs des Grenzschutzdienstes Petro Tsygalka ist die Einreise nur aus humanitären Gründen, wie zum Beispiel Beerdigung, gestattet.

de.sputniknews.com: **London: Russland in zwei weitere Todesfälle verwickelt**

Die mit dem Fall Skripal beauftragten britischen Ermittler haben neue Angaben bekommen, die eine „russische Spur“ bei zwei weiteren „suspekten“ Todesfällen vermuten lassen. Dabei soll es um den Tod des russischen Geschäftsmanns Alexander Perepilitschny und des britischen Unternehmers Scot Young gehen. Das teilt die britische Zeitung „Times“ mit. Die Offiziere der britischen Polizeibehörde Scotland Yard, die im Fall Skripal ermitteln, hätten „neue Informationen bekommen, die davon zeugen, dass auch weitere (Personen) das Ziel der russischen Killer sein konnten“.

„Laut einer der Ermittlungsversionen kamen Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes ins Land und verließen es wieder ungefähr zu der Zeit, als es zu den verdächtigen Todesfällen kam (...). Eine Reihe von spektakulären Todesfällen, deren Ursache nicht ermittelt werden konnte, ist sehr verdächtig, darunter die Fälle, bei denen es um Perepilitschny und Young geht“, heißt es in dem Blatt.

Die Polizei habe vor, einige Todesfälle anders als vorher als „suspekt“ einzustufen, und sich wieder an die Zeugen zu wenden.

Die Fälle Perepilitschny, Young und Skripal

Der 44-jährige russische Geschäftsmann Alexander Perepilitschny war im Jahr 2012 in der Nähe seiner Villa in der Stadt Weybridge nach einem Geländelauf zusammengebrochen. Im Juni 2013 gab die Polizei der britischen Grafschaft Surrey bekannt, sie hätte keine verdächtigen Umstände seines Todes aufweisen können.

Der britische Unternehmer Scot Yang war 2014 gestorben. Damals hatte die Polizei bekannt gegeben, dass sie seinen Tod nicht als verdächtig betrachte und davon ausgehe, dass es sich um einen Selbstmord handle.

Der britische Vize-Innenminister Ben Wallace hatte im September 2018 erklärt, die britischen Ermittler hätten in den Fällen keine Anzeichen eines verdächtigen Todes entdeckt, bei denen es um eine angebliche „russische Spur“ gegangen wäre, auch beim Tod von Perepilitschny.

Am 5. März war bekannt geworden, dass der ehemalige Oberst des russischen Militärgeheimdienstes GRU und Überläufer, Sergej Skripal, und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury vergiftet wurden. London behauptete, Skripal und seine Tochter seien mit dem Stoff A234 in Kontakt gekommen und warf Moskau die Verwicklung in das Attentat vor, weil der Giftstoff nach Angaben von Experten sowjetischer Herkunft war. Russland weist die Vorwürfe entschieden zurück.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offizieller Vertreters der Volksmiliz der DVR am 9. Dezember 2018

In den letzten 24 Stunden wurden **17 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **12 Ortschaften der Republik** beschossen hat.

In Richtung Gorlowka haben die Kriegsverbrecher der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando von Tatus und der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj die Ortschaften von **Sajzewo und des Isotow-Bergwerks** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 28. und der 92. mechanisierten Brigade unter Kommando der Henker Martschenko und Kokorjew und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Mischantschuk die Gebiete von **Jelenowka, Staromichajlowka, Alexandrowka, Kaschtanowoje, Krutaja Balka, Losowoje, Mineralnoje, Jasinowataja,**

Shabitschewo und der Siedlung Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern, Schusswaffen darunter auch großkalibrigen, beschossen.

Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Unsere Aufklärung hat zuverlässige Informationen über die Ankunft eines Zugs mit einer großen Zahl von Kampfdrohnen des Typs „Warmate-1“ und „Bayraktar TB2“ erhalten. Letztere ist eine gemeinsame Produktion der Ukraine mit der Türkei und ist in der Lage bis zu 70 Kilogramm Nutzlast zu tragen. Mit dem Kauf dieser Drohnen hat letztens die ukrainische Regierung geprahlt.

Unsere Quellen im Stab der „OOS“ teilen mit, dass diese Drohnen für die Durchführung einer chemischen Provokation über ihrem Territorium eingesetzt werden sowie zum Anflug auf kritisch wichtige Objekte der Republik im Verlauf eines massiven Raketenluftschlags der ukrainischen Terroristen.

Dabei können die Piloten der bewaffneten Formationen der Ukraine ein „Abzugshebel“ für die Verwendung von Massenvernichtungsmittel gegen die Einwohner des Donbass durch Kiew sein. Insbesondere, wenn sie ukrainische Drohnen, die mit chemischen Giftstoffen gefüllt sind, in der Luft vernichten. In Bestätigung dessen sind die kürzlich erfolgten Trainings der ukrainischen Luftstreitkräfte zur Bekämpfung von Drohnen in der Luft sowie zum Angriff auf Bodenobjekte Beweise der **Vorbereitung zu einem massiven Raketenluftschlag auf das Territorium der Republiken.**

Außerdem wurden von ukrainischen und britischen Militärspezialisten einige inszenierte Videos unter Verwendung von Computergrafik erstellt, die nach der Durchführung einer chemischen Provokation zur Veröffentlichung in Informationsressourcen vorgesehen sind. Die Fälschung sollen ein Beweis über eine angebliche Beteiligung von Soldaten der Volksmiliz an der Verwendung von Drohnen mit Chemiewaffen sein. Im Zusammenhang damit warnen wir die internationalen Organisationen und die Öffentlichkeit im voraus, dass solche Videos offene Fakes sind, die das Ziel haben die Führung der Republik zu diskreditieren.

Wir schließen auch andere Varianten der Entwicklung der Lage nicht aus, einige haben wir zuvor erwähnt. Jede von ihnen ist darauf gerichtet, dass die ukrainische Regierung sozusagen ein „moralisches Recht“ erhält, um einen massiven Raketenluftangriff auf das Territorium der Republik zu verüben und Angriffshandlungen in Richtung Gorlowka und Mariupol mit Hilfe von Vertretern westlicher Militärkompanien und eines begrenzten NATO-Kontingents durchzuführen, um zur Grenze mit der Russischen Föderation vorzustoßen und sie unter Kontrolle zu nehmen.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass gestern in Richtung Gorlowka im Gebiet von Schumy Journalisten eines der ukrainischen Massenmedien im Vorfeld des Tags der Bodentruppen der Ukraine eine Reportage über den Alltag der ukrainischen Kämpfer in der Besatzungszone gedreht haben. Bei den Aufnahmen und der Demonstration eines Handgranatwerfers durch ukrainische Kämpfer erfolgte eine Detonation. Ursache des Vorfalls war ein Defekt des Granatwerfers. Nach Angaben eines Journalisten verfügte der Kämpfer über keine Schutzausrüstung und erlitt in der Folge der Detonation zahlreiche Splitterverletzungen.

Inzwischen hat das Kommando der Besatzungstruppen Anweisung über ein Verbot von Besuchen ukrainischer Journalisten an den Frontpositionen ausgegeben und darüber, dass Interviews in speziell erstellten Attrappen von Frontpositionen mindestens 10 km von der Front entfernt aufgezeichnet werden. Aufnahmen von Frontostionen dürfen nur Kameraleute aus den Propagandaabteilungen der bewaffneten Formationen der Ukraine erstellen.

de.sputniknews.com: **200 US-Dollar für Heimatliebe: Inhaftierte ukrainische Seeleute erhalten Stipendien**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat den Erlass unterzeichnet, den nach dem

Vorfall in der Straße von Kertsch festgenommenen ukrainischen Seeleuten monatliche Beihilfe in Höhe von 200 US-Dollar (zirka 175 Euro) zu gewähren. Das berichtete das ukrainische Ministerium für vorübergehend besetzte Gebiete und intern Vertriebene am Sonntag.

Wie es heißt, werde das Lewko-Lukjanenko-Stipendium jenen Ukrainern ausgezahlt, die in Russland im „Zusammenhang mit gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten inhaftiert bzw. bereits freigelassen worden sind“.

Gemäß dem Erlass beträgt die Beihilfe drei Existenzminima für die arbeitsfähige Bevölkerung bzw. zirka 175 Euro monatlich.

Am 25. November hatten drei Schiffe der ukrainischen Marine illegal die russische Seegrenze überquert. Daraufhin wurden sie festgesetzt. Die Besatzungsmitglieder der ukrainischen Schiffe befinden sich zurzeit in Moskauer Untersuchungshaft.

Wie der russische Präsident Wladimir Putin betonte, handle es sich um eine „geplante Provokation“, wovon sowohl die Dokumente als auch „die Aussagen der Matrosen selbst“ zeugen würden.

Lewko Lukjanenko war ein sowjetischer Dissident und Bürgerrechtler, ukrainischer Politiker und Diplomat. Er ist im Juli 2018 gestorben.

ukrinform.ua: Ukrainischer Diplomat besucht gefangene Marinesoldaten in Moskau, Fingeramputation nicht bestätigt

Der ukrainische Konsul in Moskau, Albert Tschernjakow, hat am Freitagabend gefangene Marinesoldaten in Moskauer Untersuchungsgefängnissen „Lefortowo“ und „Matrosskaya Tishina“ (Matrosenruhe) besucht.

Das gab die Menschenrechtsbeauftragte des ukrainischen Parlaments, Ljudmyla Denisowa, auf Facebook bekannt. Der Diplomat konnte vier Marinesoldaten in „Lefortowo“ und drei verletzte Soldaten in „Matrosskaya Tishina“ besuchen, schrieb sie. Er habe Berichte über Fingeramputation eines Soldaten nicht bestätigt. Die Soldaten hätten nur Splitterverletzungen, ihr Zustand sei zufriedenstellend.

Laut Denisowa wird der Konsul die anderen Gefangenen in der nächsten Woche besuchen. Die russische Küstenwache hatte am 25. November drei ukrainische Marineboote gekapert und deren Besatzungen festgenommen. Die Boote waren von Odessa in den Hafen Mariupol durch die Meerenge von Kertsch unterwegs. 24 Soldaten wurden vorerst für zwei Monate in Untersuchungshaft auf der Krim genommen, dann nach Moskau verlegt.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **sechsmal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

Von den Positionen der Strafruppen, die vom Kommandeur der 10. Gebirgstruppe Subanitsch geleitet werden, wurden die Gebiete von **Shelobok und Smeloje** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm und Mörsern des Kalibers 120 und 82mm beschossen.

Ebenfalls wurden die Gebiete von **Kalinowka und Logwinowo** mit von den den Minsker Vereinbarungen verbotenen 82mm-Mörsern auf Befehl des Kommandeurs der 72.

mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Tatus beschossen.

Insgesamt wurden 45 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen, davon 12 des Kalibers 122mm.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Das ukrainische Kommando konzentriert Kräfte entlang der Kontaktlinie und verletzt dabei die Bedingungen zur Stationierung von Militärtechnik, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind.

Es wurde festgestellt, dass im Verantwortungsbereich der 14. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowoswanowka fünf Schützenpanzerwagen und sechs Lastwagen mit Munition und Material eingetroffen sind.

Im Gebiet von Orechowo wurden im Waldstück Kasennoje drei Artilleriegeschütze „Gwosdika“ des Kalibers 122mm aus dem Bestand der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Seit der Einführung des Kriegszustands in der Ukraine ist die Zahl der Rechtsverletzungen und Verbrechen durch ukrainische Soldaten gegenüber friedlichen Einwohnern erheblich angewachsen.

So befassen sich Soldaten der 59. Brigade mit Plünderungen, konfiszieren Waren des dringenden Bedarfs und Lebensmittel bei örtlichen Einwohnern, die auf dem Markt von Staniza Luganskaja Handel betreiben. Weigerungen nehmen die Kriegsverbrecher nicht an und wenden gegenüber der Bevölkerung, die keine Waren und Lebensmittel im Guten abgeben will, Gewalt an. Im Ergebnis solcher Handlungen der ukrainischen Soldaten wandten sich in den letzten zwei Tagen drei Frauen mit Hämatomen und Prellungen sowie ein Mann mit einem geschlossenen Schädel-Hirn-Trauma, das er durch einen Schlag mit einem Gewehrkolben auf den Kopf erlitten hatte, an medizinische Einrichtungen von Staniza Luganskaja. Vertreter des Innenministeriums weigern sich, die Gesetzesverletzungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zu dokumentieren und begründen dies mit der Einführung des Kriegszustands.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen ihre Verpflichtungen zur Wiederherstellung von Frieden im Donbass ein.

Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst und führen Übungen durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrecht zu erhalten, um jeder Aggression von der ukrainischen Seite standhalten zu können.

de.sputniknews.com: **CIA-Veteran gibt Ukraine Rat für den Fall einer „russischen Invasion“**

Sollte Russland in die Ukraine „eindringen“, wird dies auch der Ukraine teuer zu stehen kommen, meint der CIA-Veteran Jack Devine, der etwa 30 Jahre im US-Geheimdienst gearbeitet hatte.

„Russland besitzt Atomwaffen, Panzer, eine mächtige Armee. Ein offener Krieg mit Russland wird für die Ukraine viel zu teuer sein. Aber ich erinnere mich an die Situation in Afghanistan in den 80ern. Die Russen drangen dort ein, aber mit der Zeit erwies sich das für sie als viel zu teuer. Eine Intervention ist ein sehr teures Projekt, und es kann nicht lange dauern“, führt seine Worte die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN an.

Nach seiner Ansicht wäre ein Eindringen „nicht einfach teuer, sondern auch erfolglos“.

Allerdings rief er die Ukraine dazu auf, sich selbst um ihr Schicksal zu kümmern, denn „keiner wird jemanden unterstützen, der nicht bereit ist, für sich selbst einzustehen“.

„Amerika ist heute sehr auf eigene Probleme konzentriert – auf den Terrorismus. Wie die Ukraine sich der ganzen Welt präsentiert, ist kritisch wichtig. Wenn man mir gesagt hätte, dass die Ukraine einen Rat brauche, würde ich sagen, dass man nicht nur in militärischer Hinsicht stark sein müsse, sondern auch alle Institute stärken müsse – und dies ist euer kürzester Weg zum Erfolg“, erklärte Devine.

Jack Devine ist ein Veteran der CIA, der dort von 1967 bis 1999 gearbeitet hatte und am Militärputsch in Chile sowie an der Festnahme des Drogenbarons Pablo Escobar 1993 beteiligt war.

Die ukrainischen Beamten orakeln regelmäßig ein „offenes Eindringen“ Russlands. In letzter

Zeit spricht darüber besonders oft der ukrainische Präsident Petro Poroschenko. So erklärte er am 28. November, dass die Gefahr eines „totalen Krieges“ mit Russland existiere.